

Mitgliedsgemeinden:  
Ebergötzen  
Landolfshausen  
Seeburg  
Seulingen  
Waake



# Samtgemeinde Radolfshausen

Der Samtgemeindebürgermeister

Samtgemeinde Radolfshausen • Vöhreweg 10 • 37136 Ebergötzen

Auskunft erteilt: Herr Behre

**Landkreis Göttingen**  
**Herr Landrat Marcel Riethig**  
**Reinhäuser Landstr. 4**

**37083 Göttingen**

Telefon: 05507/9678-10  
Telefax: 05507/9678-88  
Email: behre@radolfshausen.de  
Internet: www.radolfshausen.de  
Sprechzeiten:  
Montag 7:30 Uhr – 12:00 Uhr 14:00 Uhr – 15:30 Uhr  
Dienstag 9:00 Uhr – 12:00 Uhr 14:00 Uhr – 15:30 Uhr  
Mittwoch 9:00 Uhr – 12:00 Uhr 14:00 Uhr – 15:30 Uhr  
(Das Bürgerbüro ist nachmittags nur mit vorheriger Online-Terminbuchung erreichbar.)  
Donnerstag 9:00 Uhr – 12:00 Uhr 14:00 Uhr – 18:00 Uhr  
Freitag 7:30 Uhr – 12:00 Uhr

Terminvereinbarung außerhalb der Sprechzeiten sind nach  
Absprache möglich.

Ihr Zeichen	Ihr Schreiben	Aktenzeichen	Datum
	10.01.25	20 30 00	03.02.25

## Anhörung zum Kreishaushalt 2025/2026

Sehr geehrter Herr Riethig,  
sehr geehrte Mitglieder des Kreistages, sehr geehrte Damen und Herren,

ich nehme Bezug Ihr Schreiben vom 10.01.25 sowie den Anhörungstermin am 22.01.25 in der Videokonferenz und bedanke mich für die Möglichkeit, zum Kreishaushalt der Jahre 2025/2026 Stellung nehmen zu können.

2025 steigern sich die Erträge auf rd. 848,6 Mio. € (gegenüber 790,1 Mio. € im Vorjahr), das sind rd. 58,5 Mio. € (7,39 % mehr). Gleichzeitig werden die Aufwendungen um 59,1 Mio. € (7,31 %) auf 868,2 Mio. € gesteigert, so dass der Kreishaushalt ein Defizit von 19,6 Mio. € ausweist.

Eine ähnliche Entwicklung zeigt auch der Finanzhaushalt im Bereich der laufenden Verwaltungstätigkeit, wobei das Gesamtdefizit mit 0,6 Mio. € für 2025 noch besser ausfällt.

Insgesamt ist festzustellen, dass die Erträge/Einzahlungen des Landkreises so hoch sind wie noch nie (2020 lagen die Erträge bei rd. 642,5 Mio. €, zu 2025 ist das eine Steigerung in 5 Jahren um 206 Mio. € (rd. 32 %); statt aber hieraus deutliche Überschüsse zu erwirtschaften und diese an die Gemeinden zurück zu geben (wo sie aufgrund der enormen Transferleistungen auch herkommen), werden gleichzeitig erneut noch höhere Aufwendungen/Auszahlungen produziert.

Unweigerlich wird in eine Situation der Haushaltssicherung gesteuert - dies wäre ein Rückschritt in die Situation von vor rd. 10 Jahren, aus der man sich eigentlich gerade erst befreit hatte.

Auf diesen Umstand wird meinerseits seit vielen Jahren hingewiesen, auf die diesbezüglichen Stellungnahmen zu den Haushalten der vergangenen Jahre wird insoweit verwiesen. Trotz

**Bankverbindungen**  
Sparkasse Göttingen  
Sparkasse Duderstadt

**BIC**  
NOLADE21GOE  
NOLADE21DUD

**IBAN**  
DE11260500010030000236  
DE26260512600004352100

dieser seit langer Zeit vorhersehbaren Entwicklung ist kaum ein Umsteuern in der Finanzpolitik des Landkreises zu erkennen.

#### Finanzausgleich des Landes/Kreisumlage:

Der Landkreis erhält auch für 2025 und 2026 deutlich höhere Schlüsselzuweisungen des Landes für Kreisaufgaben im eigenen Wirkungskreis (rd. 17,8 Mio. €), unter weiterer Berücksichtigung Zuweisungen für Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises sowie der allgemeinen Zuweisungen insgesamt 17,5 Mio. € in 2025, 2026 rd. 18 Mio. €). Das Aufkommen der Kreisumlage steigt nochmals um 4,5 Mio. € auf 209 Mio. €, der Kreisumlagehebesatz liegt deutlich über dem Mittelwert in Niedersachsen insgesamt sowie im Bezirk Braunschweig. Dies ist umso bemerkenswerter, weil kreiseigene Pflichtaufgaben wie z.B. die kostenaufwendigen Aufgaben der Kindertagesstätten zu großen Teilen bereits seit vielen Jahren durch die Gemeinden zu finanzieren sind.

**Angesichts der mittelfristigen Entwicklung ist bereits jetzt zu erwarten, dass sich der Kreisumlagehebesatz angesichts der Entwicklung der Kreisfinanzen spätestens in 2027 weiter erhöhen wird.**

Auch die Summe der Kreisumlage erreicht einen noch nie dagewesenen Umfang, es bedarf einer Deckelung der Kreisumlage vom Betrag her - auch hierauf wird bereits seit vielen Jahren hingewiesen.

Darüber hinaus bestehen rechtliche Bedenken zur Höhe des abweichenden geplanten Kreisumlagehebesatz von 77,4 % für Gemeinden, die die Kita-Aufgabe nicht mehr selbst wahrnehmen. Diese Höhe kommt der gerichtlich als unzulässig erachteten „erdrosselnden Wirkung“ für die betreffenden Gemeinden bereits jetzt nahe. Es steht zu befürchten, dass sich diese Situation in den Folgejahren weiter verschärfen wird.

#### Personalaufwendungen/-auszahlungen:

Erneut ist ein Zuwachs für 2025 von 24,98 Stellen geplant (2026: -4,68 Stellen), damit steigen die Personalaufwendungen in 2025 auf 124,1 Mio. € um fast 5 % gegenüber 2024 - deutlich stärker als der Anstieg aufgrund der zu erwartenden Tarifabschlüsse.

Gleichzeitig erfolgt eine pauschale Personalkosteneinsparung in Höhe von jährlich 3 Mio. € aufgrund Stellenvakanzen; angesichts der Anzahl der nicht besetzten 190 Stellen könnten diese Einsparungen eigentlich deutlich höher ausfallen.

Eine sinkende Personalaufwandsquote hat in diesem Zusammenhang nur wenig Aussagekraft, weil trotz des erneuten deutlichen Anstiegs im gleichen Atemzug die Gesamtaufwendungen insgesamt noch stärker gesteigert werden, so dass die Personalaufwandsquote vermeintlich sinkt. Dies zeichnet im Ergebnis aber ein falsches Bild.

Für Personal sollte auch für die Kreisverwaltung grundsätzlich gelten: Keine permanenten Zuwächse an Stellen, Fehlbedarfe an einzelnen Stellen oder auch vorübergehende Arbeitsspitzen durch Gesetzesänderungen sollten zunächst grundsätzlich intern aufgefangen werden. Dies gilt für Gemeinden schon lang. Bisher greift immer der Automatismus Gesetzesänderung/Arbeitsspitzen = mehr Personalstellen.

Es bedarf endlich einer Deckelung der Stellenanzahl nach oben mit dem klaren Ziel weiterer Reduzierungen – nach wie vor stellt sich die Frage, wann die „Fusionsrendite“ im Personalbereich greift.

Z.B. wäre der bestehende Stellenzuwachs für den Aufgabenbereich Klimaschutzkoordination zu hinterfragen (auch wenn dies größtenteils drittmittelfinanziert sein sollte). Nachdem jetzt alle Gemeinden die Aufgaben selbst weiterverfolgen und ein Klimaschutzkonzept erstellt haben, wird auf Kreisebene weiterhin am eingerichteten zusätzlichen Management festgehalten, nur ein kleines Beispiel für die Vorgehensweise in vielen Bereichen. Man verfügt bereits über weitere Stellen in diesem Bereich.

Weiteres Beispiel ist der Fachbereich Jugend: Seit vielen Jahren wird versucht, sowohl beim Personal wie auch bei den Jugendhilfeaufwendungen einen „Deckel“ darauf zu legen, der Erfolg bleibt überschaubar. Der Kreistag hatte bereits in seiner Sitzung am 07.03.2018 den Beschluss zur Stabilisierung des Zuschussbedarfes im Teilhaushalt Jugend mit einer klaren Deckelung gefasst, diese Stabilisierung bleibt aber aus. Vielmehr wurden später die Parameter der Zielsetzung nach oben angepasst.

Noch ein Beispiel: Nachdem bereits im Doppelhaushalt 2023/2025 4,45 zusätzliche Stellen VZÄ im Zusammenhang mit der Etablierung von Organisationsbeauftragten in allen Organisationseinheiten, die im Digitalisierungsprozess der Kreisverwaltung zur Unterstützung bzw. für technische und organisatorische Fragestellungen tätig sind, eingerichtet wurden, sollen jetzt weitere 4,37 VZÄ aufgrund der Komplexität und der zunehmenden Digitalisierung geschaffen werden. Vor diesen Aufgaben stehen die Gemeinden ebenfalls, ohne immer neue Stellen einrichten zu können. Zielsetzung sollte auch hier sein, die Aufgaben von den bereits vorhandenen Mitarbeitern erledigen zu lassen.

Da immer mehr Stellen geschaffen werden, erfolgt dann in der Folge zusätzlich auch ein Zuwachs im Bereich Personal für Personalsachbearbeitung/Personalauswahlverfahren usw.

Ein zukunftsfähiges Personalkonzept sowie eine ernsthafte Bereitschaft zu Stellenkonsolidierungen und -reduzierungen nur allein im Rahmen der Personalfluktuations sind bisher leider nicht erkennbar.

Bereits in den vergangenen Jahren wurde immer wieder betont, weitergehende Bedarfe im Zuge einer anhaltenden Aufgabenkritik und -priorisierung unverändert im Rahmen von Personalbedarfsanalysen zu prüfen, ferner sollten Geschäftsprozessoptimierungen und Organisationsuntersuchungen stattfinden. Dies wird bereits seit der Kreisfusion 2016 dauerhaft betont. Spürbare Ergebnisse bleiben aber bisher aus – die Entwicklung seit 2026 eine andere.

Ein wesentlicher Schritt zum Abbau von Arbeitsrückständen und einer spürbaren Erhöhung der Personalkonsolidierung wäre ein deutlicher Bürokratieabbau beim Verwaltungshandeln. Dies erstreckt sich auf nahezu alle Verwaltungsbereiche wie z.B. im gesamten Baubereich/Umwelt/Planung, Öffentliche Ordnung, Soziales, Jugend, Rechnungs- und Vergabeprüfungen usw. Angezeigt wäre hier ein weiteres Umdenken durch Verschlinkung von Prozessen insbesondere auch im Umgang mit den Gemeinden. Ein wesentlicher Baustein

sollte hierbei auch der Ausbau der Digitalisierung sein, dieser dient aber nur als Argument zur Schaffung von weiteren Stellen.

#### Investitionen/Verpflichtungsermächtigungen/Verschuldung:

Es werden Investitionen in nie dagewesenen Größenordnungen veranschlagt, alle dargestellt als zwingend notwendig und unumgänglich – diese Auffassung vermag ich aber nicht vollständig zu teilen:

Einige Beispiele:

- Umbau ehemalige Astrid-Lindgren-Schule/Außenstelle Eichsfeld-Gymnasium Duderstadt zu Verwaltungsbüros mit rd. 8 Mio. € (oder mehr). Die Notwendigkeit dieser Investition bzw. ein schlüssiges Konzept werden nicht erläutert. Es bedarf einer Überprüfung der Investition dem Grunde und der Höhe nach, ein Wirtschaftlichkeitsvergleich zum Status Quo mit derzeit angemieteten Räumlichkeiten scheint angezeigt.
- Zahlreiche Fahrzeugneubeschaffungen in den Bereichen Kreisstraßen und auch Kreisfeuerwehr: Es bedarf einer Überprüfung des Umfangs sowohl dem Grund wie auch der Höhe nach, hierzu gehört ggfs. auch eine zeitliche Verschiebung einzelner Fahrzeugbeschaffungen. Auf Samtgemeindeebene können die Fahrzeuge regelmäßig erst nach 30 Jahren außer Dienst gestellt werden.
- Komplettsanierung Lehrschwimmhalle Adelebsen mit 4,9 Mio. €: Eine Überprüfung der Investition zumindest der Höhe nach wäre angezeigt.
- Zahlreiche geplante Umbauten in kreiseigenen Schulen hinsichtlich Barrierefreiheit, Erneuerung Fachräume, energetische Sanierungen, Fassadensanierungen usw.: Eine Überprüfung des Umfangs der geplanten Investitionen sowohl dem Grunde wie auch der Höhe nach auch unter Gesichtspunkten der Wirtschaftlichkeit scheint angezeigt ebenso wie ggfs. auch eine zeitliche Verschiebung einzelner Maßnahmen.
- Die laufenden Großinvestitionen Anbau an das Eichsfeld-Gymnasium (statt zuletzt 29,5 Mio. € jetzt bereits 35,5 Mio. € zuzüglich Lehrerzimmer, WC usw. 2,25 Mio €) und FTZ Ebergötzen (statt zuletzt 24,9 Mio. € jetzt bereits 43 Mio. €) sind zwingend der Höhe nach zu überprüfen, ggfs. müssen Umfang und auch Konzepte entsprechend angepasst werden. Es bedarf einer Kostendeckelung; angesichts der allgemeinen Baupreisentwicklung steht zu befürchten, dass am Ende selbst die jetzigen Mittelveranschlagungen nicht ausreichen werden.

Anzumerken ist, dass die in den Unterlagen enthaltenen Investitionsübersichten in einigen Bereichen unvollständig sind, ein Gesamtinvestitionsbedarf ist oftmals nicht erkennbar.

#### Verschuldung:

Als Neuverschuldung sind 43,5 Mio. € (2025) und 36,7 Mio. € (2026) eingeplant, in Folgejahren ist eine weitere Verschuldung bis auf 263,8 Mio. € in 2029 vorgesehen. Die Folge sind

insbesondere steigende Zinsen 2026 mit bereits 5,5 Mio. €, dies bedeutet allein gegenüber 2023 eine Steigerung um 411 %.

Aufgrund der aus hiesiger Sicht mehr als bedenklichen Neuverschuldung werden Dauerbelastungen für die Folgejahre geschaffen, die den Landkreis nahezu an den Rand der Handlungsunfähigkeit bringen. Fehlende Lösungsansätze zu aktuellen Fragen verschiebt diese Probleme zu Lasten für zukünftige Generationen – Generationengerechtigkeit sollte stärker mehr im Fokus stehen.

#### Weitere Anmerkungen:

Auch in der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung werden trotz massiv steigender Einnahmen erhebliche negative Ergebnisse erzielt– dies offenbart strukturelle Probleme mit drohender Haushaltssicherung bereits in 2026, Konzepte und Lösungsansätze werden kaum aufgezeigt.

Eine Übersicht der freiwilligen Leistungen kann den zur Verfügung gestellten Unterlagen nicht entnommen werden, weder nach der Art noch der Höhe nach. Nach Aussage im Rahmen des Anhörungstermins sind diese auf 1,5 % der ordentlichen Aufwendungen gedeckelt. Auch diese sind angesichts der eklatanten Fehlbeträge kritisch zu überprüfen – inhaltliche Anmerkungen insoweit hierzu aber nicht möglich.

Deutlich mehr Sparpotential liegt aber insbesondere in den sog. Pflichtaufgaben in allen Bereichen der Kreisverwaltung – nicht zuletzt auch in den Bereichen Jugend und Soziales.

Der Verzicht auf ein Haushaltssicherungskonzept bedeute nach den Ausführungen nicht den Verzicht auf Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit, der vorliegende Haushaltsplanentwurf zeichnet leider ein anderes Bild. Angesichts der Gesamtlage wäre es zwingend, die Herausforderungen anzunehmen, Notwendigkeiten zu erkennen und die erforderlichen Schritte zu ergreifen.

#### **Zusammenfassung:**

***Bereits zu vorherigen Haushalten sowie insbesondere zum Doppelhaushalt 2023/2024 wurden meinerseits grundsätzliche Anmerkungen gemacht und diese treffen auch uneingeschränkt für den Haushaltsplanentwurf 2025/2026 zu:***

***Der Landkreis hat kein Einnahmeproblem, es besteht ein massives Ausgabeproblem. Bei absoluten Rekordeinnahmen gelingt es trotzdem nicht, den Haushalt auszugleichen***

***Um im Bild der Rede zur Einbringung des Haushalts zu bleiben: Das Schiff gerät nicht nur in einen Sturm, man befindet sich bereits im Orkan und steuert in einen Tornado hinein. Das Ruder ist verrissen – Augenmaß und Verlässlichkeit sollten die Grundlagen des Handelns sein und oberste Priorität haben.***

***Nur auf die unzureichende Finanzausstattung der Kommunen durch Bund und Land zu verweisen, auch wenn dies in dem ein oder anderen Bereich durchaus zutreffend ist, reicht aus meiner Sicht nicht aus.***

***Mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf wird ein Weg eingeschlagen, der den Landkreis sehenden Auges in die Zahlungs- und Handlungsunfähigkeit zu treiben droht; gerade einmal zehn Jahre, nachdem dies bereits schon einmal der Fall war und man durch ein***

**Entschuldungspaket des Landes gerettet werden musste – dies halte ich für mehr als bedenklich. Die jetzigen Szenarien erscheinen dabei sogar noch bedrohlicher als vor zehn Jahren.**

**Es wäre dringend an der Zeit, zunächst einmal die eigenen Hausaufgaben zu erledigen – und den Automatismus, dass mehr Einnahmen noch mehr Ausgaben produzieren, zu durchbrechen. Allein aus diesem Grund wäre die Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzepts angezeigt, ob nun gezwungenermaßen oder freiwillig.**

**Es bedarf einer kritischen und insbesondere auch politischen Auseinandersetzung mit den explodierenden Ausgaben. Auch eine Konzentration auf die Kernaufgaben eines Landkreises halte ich für überfällig – ein Weiter so sollte es nicht mehr geben.**

**Damit sind bei Weitem auch nicht nur die freiwilligen Aufgaben gemeint, die nur 1,5 % des Gesamthaushalts ausmachen – insbesondere bei den Pflichtaufgaben liegt noch Potenzial,**

**Und nur die Hoffnung, dass Bund und Land irgendwann neue Hilfspakete schnüren und alles irgendwie gut wird, kann keine Lösung sein. Es bedarf dringend eines Umsterns.**

Den Vorsitzenden der Fraktionen im Samtgemeinderat, den aus der Samtgemeinde kommenden Kreistagsabgeordneten sowie den Mitgliedsgemeinden stelle ich diese Stellungnahme ebenfalls zur Verfügung.

Für weitere diesbezügliche konstruktive Gespräche stehe ich gern zur Verfügung und verbleibe mit freundlichen Grüßen

gez. Arne Behre  
Samtgemeindebürgermeister